

Guten Abend aus dem Journalstudio. Ich bin Veronika Filiz. Damit hat fast niemand mehr gerechnet, aber die Regierung ringt sich doch noch zu einem Mietendeckel durch. Der gilt allerdings nicht für alle Mietverhältnisse. Die Kritik daran ist harisch in der Sondersitzung des Nationalrats, die SPÖ und FPÖ einberufen haben. Nicht besonders überraschend ist für Experten der Militärputsch in Gabun ein weiterer in Afrika, der diesmal von der Bevölkerung als Befreiungsschlag gefeiert wird. Einen Befreiungsschlag ganz anderer Art hat sich die deutsche Regierung vorgenommen, einen aus dem Streitmodus. Nach ihrer Klausur gibt sich die Ampel auch demonstrativ geeint, vielleicht auch keine so große Überraschung. Was dann noch genau auf Flore dazu kommt, nachdem ein starker Hurricane auf Land getroffen ist, das weiß man noch nicht, wie das Wetter bei uns wird, schon und zwar Daniel Stanker. Ein paar Regenschauer können noch jetzt am Abend auftauchen, die meisten in Kärnten und in der Steiermark. Die werden im Laufe der Nacht zwar weniger, allerdings können neue Schauer hereinziehen im Bereich von Vorarlberg

bis Oberösterreich. Morgen am Donnerstag können sich ein paar Nebelfelde in einigen Tälern bis in den Vormittag halten. Tagsüber gibt es dann überall ein paar Sonnenstunden, der lebt auf den Wind treibt, aber auch einige Wolken durch und vereinzelt kann es kurz regnen. Mit der Sonne wird es auch wieder wärmer, mit Höchstwerten zwischen 16 und 25 Grad. Am wärmsten wird es im Osten. Und wir beginnen beim Mietendeckel, auf den sich die Regierung dann doch noch einigen konnte. Die Deckelung soll den Anstieg bestimmter Mieten in den kommenden drei Jahren auf maximal

5 Prozent pro Jahr beschränken. Auch einige andere Maßnahmen sind geplant, etwa Anreize für die Gemeinden, im kommenden Jahr auf Gebühren Erhöhungen zu verzichten. Tanja Malle berichtet. ÖVP und grüne planen einen Mietendeckel für die kommenden drei Jahre, also von 2024 bis 2026. Der

konkrete Plan, bestimmte Mieten sollen dann pro Jahr um maximal 5 Prozent steigen dürfen. Bundeskanzler

Karol Nehammer, ÖVP. Dieser Deckel soll für alle gesetzlichen Regelbaren Mietverhältnisse gelten. Was heißt das? Das ist vor allem der geförderte Wohnbau, die Kategorie Mieten und die Richtwertmieten.

Der nun geplante Mietendeckel betrifft laut Vizekanzler Werner Kogler von den Grünen den Großteil der Mietverhältnisse in Österreich. Das heißt, dass wir jetzt 75 Prozent aller Mietverhältnisse erreichen mit dieser Methode. Und das sind immerhin 1,2 Millionen Mietverträge und zweieinhalb Millionen Menschen, die davon betroffen sind. Die laut Mikrozensus rund 500.000 privaten Hauptmieten am freien Markt sind vom geplanten Mietendeckel nicht umfasst. Noch im Frühjahr haben sich

ÖVP und grüne nicht auf einen Mietendeckel einigen können. Nun führt man als Argument für einen Deckel ins Rennen, dass ohne einen solchen Mietern und Mieterinnen im gemeinnützigen Wohnbau eine

saftige Erhöhung von 15 Prozent gedroht habe. Bundeskanzler Nehammer. Dort wären die Gebühren

immer alle zwei Jahre angepasst. Deswegen kommt dieser rassante Druck von 15 Prozent zustande. Zudem will die Regierung die Gemeinden anregen, die Gebühren im kommenden Jahr nicht anzuheben,

etwa jene für Wasser, Kanal oder Müllabfuhr. Dazu sollen den Gemeinden 150 Millionen Euro zur

Verfügung gestellt werden. Kogler. Nach den Schätzungen des Finanzministeriums müssten wir mit den Beträgen, die wir jetzt zur Verfügung stellen, im Durchschnitt wieder natürlich nur im Durchschnitt erreicht werden, dass im 2024er-Jahr keine Gebührenerhöhung auf Gemeindeebene stattfinden. Der Preis für Klimaticket und Autobahnvinierte soll im kommenden Jahr nicht erhöht werden. Laut Regierungsberechnung beträgt die Gesamtsumme an Entlastungen bzw. Maßnahmen gegen die Teuerung, die seit 2022 gesetzt worden sind, 40 Milliarden Euro. Und mit ihrer Ankündigungs des Mietendeckels ist die Regierung der Opposition zuvor gekommen. Auf Wunsch von SPÖ und FPÖ hat es zur Teuerung heute eine Sondersitzung des Nationalrats gegeben in der Sommerpause. Weniger emotional ist es da trotzdem nicht hergegangen. Ganz im Gegenteil, die Opposition lässt nämlich kein gutes Haar an den Plänen von ÖVP und Grünen, berichtet aus dem Parlament Niklas Lercher. Von einer Zuschau- und Showpolitik der Regierung spricht Kaijan Kreiner von der SPÖ, wo sie hier viel zu spät, viel zu wenig machen. Österreich habe nun sieben Monate in Folge die höchste Inflation in Westeuropa. Der angekündigte Mietpreisteckel sei zu hoch angesetzt und komme zu spät. Bis zu 25 Prozent zahlt man jetzt in Österreich mehr Miete als vor eineinhalb Jahren. Das hat die Bundesregierung gemacht, nämlich nichts und zugeschaut. Die SPÖ fordert unter anderem alle Mieten für drei Jahre einzufrieren und die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel auszusetzen. Ähnlich die Freiheitlichen. Für Partei-Chef Herbert Kickel steht die Ursache für die steigenden Preise fest. Neben den Corona-Lockdowns sei das die Energiewende und die Russlandsanktionen. Diese Teuerungswelle, die die österreichische Bevölkerung überrollt, die ist wie so vieles Schädliches, was sie in den 1.329 Tagen dieser unheilvollen Regierung gebracht haben, auf ihrem eigenen Mist gewachsen. Die Regierungsparteien sehen das naturgemäß anders. ÖVP-Clubchef August Wöginger verweist auf 40 Milliarden Euro an Hilfsmaßnahmen. Wir haben die Menschen bei uns in Österreich nicht im Stich gelassen. Wir haben sie unterstützt und ihnen geholfen, meine Damen und Herren. Wenig überzeugt ist Nero-Chefin Beate Meinl Reisinger davon. Arbeitsverweigerung nenne ich das, was sie in den letzten Wochen hier gezeigt haben. Sie lassen die Menschen im Stich und geben dabei ein ganz beschämendes Bild ab. Meinl Reisinger nennt die von der ÖVP losgetretene Normalitätsdebatte. Anstatt sich um wirkliche Probleme zu kümmern, so die Nero-Chefin, betreibe die Koalition, Zitat, eine Bullshit-Politik. Und eine ausführliche Zusammenfassung der Sondersitzung des Nationalrats-Turteuerung hören Sie gleich im Anschluss im Journal-Panorama. Kritiker Mietendeckel kommt aber auch von der Fair-Mieter-Seite und auch von Mieter-Vertretungen, berichtet Maria Kern. In den vergangenen zwei Jahren sei ein Mietenteils um mehr als 20 Prozent angehoben worden, heißt es bei der Mieter-Vereinigung. Geschäftsführerin Elke Hanel-Torsch sagt daher zum Mietendeckel. Zusammengefasst kann ich sagen zu spät, zu wenig und ein bisschen auch ausmischerei. Von einem schlechten Scherz spricht man beim österreichischen Gewerkschaftsbund

Helene Schubert, Chefökonomin des ÖGB, fordert einen Mietenstopp. Ich glaube, die Menschen brauchen, solange die Inflationsrate so hoch ist. Ein Aussetzen der Mietpreiserhöhungen auch rückwirkend für letztes Jahr. Das fordert auch die Arbeiterkammer. Kritiker Mietendeckel kommt auch von der Immobilienwirtschaft, also der Fair-Mieter-Seite, Geschäftsführer Anton Holzapfel. Die Folgen dieser Glättung der Wertsicherung wird sein, dass zum einen die Fair-Mieter ihre Investitionsrückheiten werden, es werden weniger auftragende Bauwirtschaften erfolgen und vor allem der Weg der Decarbonisierung wird in weiterfern rücken, weil die Mittel dazu dann nicht mehr da sind.

Unzufriedenheit also bei Mieterinnen und Fair-Mietern. Und wie lautet das Urteil von Wirtschaftsforschern, wird sich der Mietendeckel dämpfend auf die Inflation auswirken? Ex-VV-Chef Christoph Badelt. Das wird sicher im Jahr 2024 die Inflation dämpfen, aber natürlich kann man sagen, im Frühjahr hätte schon heuer, wenn man es im Frühjahr beschlossen hätte, hätte schon heuer die Inflation gedämpft. So Badelt im heutigen Ö1-Mieter-Geschinal. Und bei den Landtagswahlen in Salzburg, die waren im April, da waren Mieten und die horrenden Mietkosten das große Thema. Für Salzburg dürfte die der Mietpreisteckel der Regierung aber so gut wie keine positiven Auswirkungen haben, wie Reinhard Grapp herberichtet. Für die rund 40.000 geförderten Mietwohnungen in Salzburg gelten bereits Landesgesetze, nach denen die Miete pro Jahr schon jetzt nur maximal 2% angehoben werden darf. Auch der Kategorie Mietzins ist in erster Linie für Wien interessant. Von den Betroffenen 135.000 Wohnungen befinden sich 125.000 in Wien. In Salzburg gibt es 300. Und bei den etwa 1.000 Richtwertmieten in der Stadt Salzburg hat es zuletzt zu einem Anstieg um 8,6% gegeben, allerdings liegen die Mieten absolut umfasst ein Drittel unter den gesetzlichen Möglichkeiten. Die größte Gruppe sind mit etwa 50.000 Betroffenen die freien Mietverhältnisse. Und für die gelten weiterhin die Regeln des freien Marktes, das heißt meist Indexanpassungen in der Höhe der Inflation. Es ist gleich neun Minuten nach sechs und wir wechseln das Thema, schauen ins Ausland und auf einen weiteren Putsch in Afrika. Nach Mali, Burkina Faso und Niga hat nun auch weiter südlich in Gabun die Armee die Macht übernommen. Der langjährige Präsident wurde unter Hausarrest gestellt, kurz nachdem er zum Sieger der Präsidentschaftswahl erklärt wurde. Verena Soffi Meier. Tausende Menschen in Gabun feiern den Militärputsch als Befreiung von einem Autokraten. Auf den Straßen der Stadt Porgentis schwenken sie Fahnen, in der Hauptstadt Libreville jubeln sie Armeefahrzeugen zu. Präsident Alibongo, dessen Familie das ölreiche Land seit mehr als 50 Jahren regiert und dadurch reich geworden ist, befindet sich im Hausarrest, teilen die Putschen der Offiziere im garbunischen Fernsehen mit. Seine Familie und Ärzte seien bei ihm. Seine unberechenbare Regierung drohe das Land ins Chaos zu stürzen, haben die Sicherheitskräfte in der Früh erklärt, deshalb haben sie die Grenzen geschlossen und die staatlichen Institutionen aufgelöst. Personen aus Alibongos Umfeld, wie sein Sohn, wurden festgenommen, ihnen wird Hochverrat und Veruntreuung vorgeworfen.

Aus dem Hausarrest veröffentlicht der festgesetzte Präsident ein Video. Er seien seinem Anwesen, er wisse nicht, was passieren. Auf Englisch ruft Alibongo seine Freunde auf, Lärm zu machen. International wird durch den erneuten Putsch in der Region weitere Destabilisierung befürchtet. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich verurteilt den Putsch in Gabun. Regierung-Sprecher Olivier Verromband auch die Ergebnisse der Wahlen zu respektieren. Laut der gabunischen

Wahlkommission

hat Alibongo die Präsidentschaftswahl am Samstag gewonnen, doch es gibt Betrugsvorwürfe von Seiten der Opposition und die Militärs sagen, das Ergebnis sei gefälscht. In der Ukraine hat es wieder schwere russische Angriffe gegeben, auch auf die Hauptstadt Kiev. Vor allem Dronen sind zu einem Markenzeichen dieses Kriegs geworden. Auf beiden Seiten. Mehr dazu von Karin Koller. Es waren die heftigsten Luftangriffe auf die ukrainische Hauptstadt. Seit Monaten schreibt der Kierversbürgermeister Vitaly Klitschko Telegram. Es war ein kombinierter Angriff von Marschflugkörpern und Drohnen. Die Drohnen kamen aus dem Norden, die Marschflugkörper wurden

aus dem Bereich Kaspisches Meer abgefeuert. Die ukrainische Luftabwehr konnte etwa 20 von ihnen abfangen, die herabstürzenden Raketenteile beschädigten aber Häuser. Die Balkonverschallung

und das Fenster sind in unsere Wohnung hereingeflogen, schildert ein betroffener Bewohner.

Plötzlich

steckte ein Raketenteil in meinem zerstörtem Fenster. In Kiev wurden bei den russischen Angriffen zwei Menschen getötet, drei weitere Zivilisten im Gebiet von Danetskosaporoschia. Alleine in Saporoschia wurden in den vergangenen 24 Stunden mehr als 100 russische Angriffe gezählt.

Russland hat nach eigenen Angaben auch vier ukrainische Hochgeschwindigkeitsschiffe zerstört. Mehrere russische Regionen meldeten vergangene Nacht unterdessen Thronenangriffe. Der schwerste

traf den Flughafen der nordwestrussischen Stadt Pskov. Etwa 600 Kilometer von der Ukraine entfernt.

Vier russischer Militärtransportflieger sollen dabei beschädigt worden sein. Die russische Führung macht dafür die Ukraine verantwortlich gemeinsam mit westlicher technischer Unterstützung.

Das Kiewa-Regime werde dafür bestraft, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sakharova, sie droht mit Vergeltung.

Und jetzt schauen wir nach Deutschland, wo die Regierung Einigkeit vermitteln will und Tatendrang.

Nach ihrer Klausur will sie der schwächelnden Wirtschaft mehr Schwung verleihen und nach wochenlangem Streit versuchen SPD, Grüne und FDP, einmal mehr und demonstrativ an einem

Strang zu ziehen, berichtet Andreas Joly.

Die Ampel-Regierung setzt ihr richtiges Impulse, sagt der deutsche Kanzler Olaf Scholz für ein modernes und wirtschaftlich starkes Deutschland.

Bei denen es um die Modernisierung unseres Landes, die Beförderung des Wirtschaftswachstums geht und

genau das, was jetzt in dieser Situation notwendig ist.

Unnütze Bürokratie werde abgeschafft, das Wachstumsschorstengesetz soll die Wirtschaft entlasten und

zu Investitionen motivieren, so Finanzminister Christian Lindner.

7 Milliarden Euro Impulse für das wirtschaftliche Wachstum und 2,3 Milliarden Euro weniger Erfüllungsaufwand für bürokratische Vorgaben.

Die Ampel-Koalition will die Streitereien der letzten Zeit hinter sich lassen.

Wirtschaftsminister Robert Habeck freut sich über die erfolgreiche Klausur.

Atmosphärisch wie inhaltlich eine sehr, sehr gute Tagung.

Und Robert Habeck will in massiven Konflikten in der Koalition etwas Gutes abgewinnen, spricht auch lieber von Blickwinkeln.

Dass verschiedene Blickwinkel eine Stärke sind, dass man voneinander lernen kann und das Kompromisse, was Gutes sind, um die Mitte und die Handlungsfähigkeit stabil zu halten.

Politik ist das Boandika-Bretter, wie es heißt.

Die Ampelbretter war in letzter Zeit besonders dick.

Wir sind eine Regierung, wo gehemert, geschraubt wird.

Das führt zu Geräuschen, wie Sie schon festgestellt haben.

Aber es kommt eben auch was raus.

Wir werden hemmern und klopfen, aber mit Schalldämpfer, dass das geräuschloser stattfindet.

Die Ampel-Koalition versucht es jetzt mit einem erweiterten Werkzeughersten.

Europa müsse mutiger werden, das ist, wenn man so will, das Oberthema beim Forum Alpbach und stärker.

Würde da vielleicht Bundespräsident Alexander van der Bellen ergänzen.

Vor kurzem hat er sich in Alpbach deutlich für Europa, für die Europäische Union ausgesprochen.

Und er hat vor internationalem Publikum einmal mehr vor dem wachsenden Populismus in Europa gewarnt.

Wenn Sie etwas lieben und etwas glauben, dann haben Sie es auch zu tun.

Wir müssen Europa vor allen Ausstiegszenarien bewahren, nicht nur in diesen Tagen.

Der Brexit war keine gute Idee, er war eine sehr schlechte Idee.

Dexit oder Öxit oder welcher Ausstieg es auch sein mag, es sind nicht nur schlechte Ideen, sondern sie sind schädlich und gefährlich.

Wir müssen unsere europäische Ideen gegen alles verteidigen, was unsere Position schwächen könnte.

Denn das ist genau das Ziel der Populisten, die europäische Gemeinschaft zu schwächen.

Und das können wir nicht zulassen, das sollten wir nicht zulassen.

Wir müssen zusammenarbeiten, um eine noch längere Union zu schaffen.

Wir müssen alles tun, um uns stärker zu machen.

So Bundespräsident Alexander van der Bellen beim Europäischen Forum Alpbach.

Und in den Alpen, da bleiben wir noch, wo die Unwetter und der Winter einbricht, den Frachtverkehr auf den Transitruten behindern.

Vor allem zwischen Italien und Frankreich, auf der Straße und auch auf der Schiene.

Und das könnte sich ab kommender Woche noch verschärfen.

Da soll der Mont Blanc-Tunnel für Renovierungsarbeiten geschlossen werden.

Und zwar gleich für 15 Wochen, berichtet Alexander Hecht.

Zwischen Italien und Frankreich gibt es derzeit massive Verzögerungen,

vor allem im Schwerverkehr.

Nach einem Erdbeben ist der Frischüstunnel gesperrt.

Die Ausweichroute durch den Mont Blanc-Tunnel ist dementsprechend überlastet.

Just in der Röhre des Mont Blanc-Tunnels sollen am Montag umfangreiche Instandhaltungsarbeiten beginnen.

Der 60 Jahre alte Tunnel soll 15 Wochen lang gesperrt werden,

um die 11,6 Kilometer lange Röhre vollständig zu sanieren,

müsste die Herbstsperrung auch in den kommenden 18 Jahren wiederholt werden.

Die Verbände der Industrie und des fremden Verkehrs schlagen Alarm und warnen vor den negativen Auswirkungen des Mont Blanc-Projekts.

Die Ausweichroute wäre der Frischüstunnel.

Solange der gesperrt ist, ist ein Staat der Arbeiten im Mont Blanc-Tunnel allerdings unwahrscheinlich.

Um einen wahrscheinlich schillernden Prozess am Landesgericht Wiener Neustadt geht es jetzt.

Wie die Tageszeitung Kurier heute berichtet, muss sich der US-Milliardär

und Trump Intimus Eric Price, auch Gründer der US-Höldner Truppe Blackwater, im November der Justiz stellen.

Die Staatsanwaltschaft wirft ihm und fünf Mitangeklagten einen Verstoß gegen das Kriegsmaterialgesetz vor.

Petra Pichler berichtet.

Jedes nach dem Strafantrag der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt

sollen die Angeklagten der niederösterreichischen Luftfahrtsfirma

Airborne Technologies und der illustre US-Milliardär Eric Prince

durch Panzerungen und Umbauten zwei Agrarflugzeuge quasi in potentielle Kampfflieger umgerüstet haben, um so das Kriegsmaterial ein Gesetz zu umgehen.

Die Angeklagten weisen den Vorwurf zurück, weil mit Prince ein US-Promi und Trump Intimus auf der Anklagebank sitzen wird,

bereitet man sich am Landesgericht Wiener Neustadt für November

auf internationales Interesse am Prozess vor, sagt Sprecherin Birgit Borns.

Es gibt bereits Anfragen von amerikanischen Journalisten,

also die zwei Verhandlungstage werden deswegen auch im Schulgericht stattfinden, da behandelt es sich um den größten Seil

beim Landesgericht Wiener Neustadt.

Bei einer Verurteilung drohen den Angeklagten bis zu drei Jahre Haft.

In Wien will die Polizei über Stunden kürzen und daher auch den Nachtdienst reduzieren.

Ab Oktober soll daher fast nur mehr ein Drittel der Inspektionen geöffnet sein.

Dass ins Ministerium sieht, keine negativen Folgen,

die Gewerkschaft ist sich da nicht so ganz sicher,

berichtet Alfa Faber.

Ab Oktober sollen statt 81 nur noch 29 Polizeieinspektionen

in der Nacht für den Parteienverkehr geöffnet sein.

Das heißt, sie sind zwar besetzt, aber man kann keine Anzeige mehr aufgeben.

Nur an moralischen Plätzen, wie etwa auf dem Hauptbahnhof,

am Westbahnhof oder dem Braterstern,

sollen Stationen auch in der Nacht offen haben.

Walter Strallhofer, sozialdemokratischer Gewerkschafter von der FSG, begrüßt die Pläne.

Wenn das dazu beiträgt, dass weniger Überstunden geleistet werden müssen und die Kolleginnen mehr Freizeit als Dienstzeit kommen, dann sehen wir dem Ganzen sicher positiv gegenüber.

Dem schließt sich auch der Wiener FCG-Gewerkschafter Gerhard Zauner an. Das ist natürlich eine Entlastung.

Denn es sei nicht notwendig, den Diebstahl einer Geldbörse in der Nacht zur Anzeige zu bringen.

Hingegen müsse man sich aber genau anschauen, ob für die Beamten, die dann Parteienverkehr machen und auf Streife gehen, eine mehr Belastung entstehe.

Seit gestern ist auch ein Wolf im Oberösterreichischen Müllviertel zum Abschuss freigegeben.

Das Land spricht von einem Problemwolf.

Auch in anderen Bundesländern ist die Jagd auf den Wolf legal, also es gibt Schussfreigaben.

Der Wolf-Experte kritisiert die, berichtet Eva Ziegler.

Ein Abschuss löse das Problem nicht.

Denn für jeden geschossenen Wolf kommen mindestens zwei nach, sagt Verhaltensforscher und Wolfsexperte Kurt Cotterschall.

Österreich sei von Ländern mit vielen Wolfsrudeln umgeben.

Für ihn ist klar, dass man auch in Oberösterreich lernen muss, mit dem Raubtier zu leben.

Es gebe dazu einige Projekte,

für die die EU genügend Fördermittel zur Verfügung stelle.

Die müsste man auch abholen, nicht als Bauer, sondern als Landespolitik und als Standesvertretung.

Und müsste den Bauern endlich einmal im praktischen Bereich helfen, das Wirtschaften so umzustellen,

dass man auch unter Anwesenheit des Wolfs weiterwirtschaften kann.

Schon vor der Rückkehr der Wölfe sei die Almwirtschaft im Wandel Begriffen gewesen, so Cotterschall.

Größerer Herden hirtten als alte Kulturtechnik und Schutzhunde seinen Einigen der Möglichkeiten für die Zukunft mit dem Wolf.

Noch einmal ins Ausland Down Under,

wo die australische Regierung eine historische Volksabstimmung

über die politischen Rechte ihrer Indigenern Bevölkerung angekündigt hat.

Am 14. Oktober wird das Referendum stattfinden,

um es soll klären, ob die australischen Ureinwohner

künftig in der Verfassung erwähnt werden

und im Parlament mehr Mitsprache bekommen.

David Kriegleder.

Die Volksabstimmung sei eine historische Chance für ein gerechteres Australien und eine bessere Zukunft, sagt Australiens Premierminister Anthony Albanisi, der für die Verfassungsänderung wirbt.

Die Reform sind die erstmalige Erwähnung der australischen Ureinwohner in der Landesverfassung vor. Zudem sollen diese das Recht erhalten, im Parlament bei Gesetzen diese Betreffen zur Rate gezogen zu werden.

Die Reform hat aber auch viele Gegner, die laut Umfragen derzeit vorne liegen.

Sie waren in feiner Spaltung des Landes entlang ethnischer Identitäten.

In Australien leben rund eine Million Indigene, Aborigines und sogenannte Torres Strait Insulaner. Knapp 4% der Gesamtbevölkerung.

An der Westküste Florida ist Hurricane Italia auf Land getroffen mit 200 kmh.

Das entspricht einem Hurricane der Kategorie 3 von 5.

Das ist aber immer noch extrem gefährlich, waren ein Experten, die die Bevölkerung aufrufen, zu Hause zu bleiben.

Wer bis jetzt noch nicht vor Wind und Wasser geflohen ist, soll bleiben und sich so gut es geht verbarrikadieren, so die Warnung an der örtlichen Behörden.

Immer wieder peitscht der Sturm den Regen beinahe waagrecht über die flache Küstenregion, dazwischen Phasen relativ erruhe.

In der Big Bend Region Floridas, rund 100 km westlich von Gainesville, ist man Wirbelstürme gewohnt.

So heftig wie diesmal war es aber noch nie, sagt Heath Davis, Bürgermeister des kleinen Ortes Cedar Key, direkt an der Küste des Golfs von Mexiko.

Der Sturm ist schlimmer als alle anderen.

Meine Familie lebt seit Generationen hier, so etwas haben wir noch nie gesehen.

Entlang der Küste ist der Strom ausgefallen, viele Häuser und Straßen sind überschwemmt,

Gouverneur Ron DeSantis warnt vor Schlimmerem.

Das nationale Hurricane Center erwartet Sturmfluten von bis zu knapp 5 Metern.

Das ist lebensgefährlich,

er ist sehr kräftig.

Es wird Schäden weit ab vom Zentrum geben.

Die hohen Wassertemperaturen der vergangenen Monate haben zur Heftigkeit von Idalia beigetragen.

Das wird wegen des Klimawandels in Zukunft öfter so sein, sagen Experten.

Thomas Langpaul hat aus den USA berichtet und jetzt zu Tom Brandenberger und weitere Nachrichtenmeldungen.

Europäische Länder haben in den ersten sieben Monaten dieses Jahres in Stuttgart,

mehr flüssig Erdgas aus Russland gekauft, als vor Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine.

Das zeigt zumindest eine Untersuchung der Umweltorganisation Global Witness.

Von Jänner bis Juli kauften die EU-Länder, dem nach rund 22 Millionen Kubikmeter, sogenanntes LNG,

das ist ein Anstieg von 40%,

verglichen mit dem gleichen Zeitraum 2021, also vor Kriegsbeginn.

Der Studie zur Folge entspricht das Gesamtvolumen des Flüssig-Gaskaufs

52% aller russischen Exporte.

Die Ukraine kann auf eine Ausweitung der europäischen Ausbildungsmission für ihre Streitkräfte hoffen.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat bei einem Treffen der EU-Verteidigungsminister im spanischen Toledo

vorgeschlagen bis Ende des Jahres 40.000, statt 30.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten in der EU auszubilden.

Borrell dürfte bei dem Treffen auch eine Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine fordern.

Im Raum stehen zusätzliche 20 Milliarden Euro für die kommenden vier Jahre.

China versucht den angeschlagenen Immobilienmarkt zu stützen.

Als erste Metropole kündigte Guangzhou an, Hypotheken leichter zu vergeben.

Hauskäufer können damit unabhängig von ihrer Kreditwürdigkeit Vorzugstil bekommen.

Auch andere Städte könnten dem Beispiel folgen.

Die Maßnahme soll helfen, die Nachfrage nach Häusern und Wohnungen anzukurbeln.

Die chinesische Wirtschaft wird derzeit durch geringe Hausverkäufe und Zahlungsausfälle bei Bauunternehmern gebremst.

Im Süden Bulgariens kämpfen seit drei Tagen mehr als 150 Feuerwehrleute, Forsterbeiter und freiwillige Helfer gegen einen Waldbrand.

Nach Angaben der Behörden sind im Rodopen-Gebirge mehr als 100 Hektar betroffen.

Ortschaften sind bisher nicht gefährdet.

Das Wettermorgens ist abwechslungsreich und bewölkt.

In den ersten Stunden auch noch nebeln bis 25 Grad.

Fascher Schenold, Christian Willwald.

Mein Name ist Veronica Philips.

Wir waren Ihr Journalteam.

Danke für Ihr Interesse.

Haben Sie einen angenehmen Abend.